

INTEGRATIONSBUREAU

EE 777.03.0

Bern, den 4. Dezember 1970

Reaktionen des Auslands auf die Eröffnungs-
erklärungen der Neutralen

Gestützt auf die bisher eingegangenen Meldungen unserer Botschaften lässt sich die Aufnahme der Eröffnungserklärungen der Neutralen in offiziellen Kreisen des Auslands wie folgt darstellen:

A. Die schweizerische Erklärung

- 1) Gute und positive Aufnahme hat die schweizerische Erklärung in den EG-Mitgliedstaaten gefunden:

"Ministerialdirektor Herbst vom Auswärtigen Amt hat nach seiner Rückkehr aus Brüssel seinen Mitarbeitern spontan mitgeteilt, welch guten Eindruck die schweiz. Erklärung im Ministerrat gemacht habe".

Ein ähnliches Echo verlautet aus dem Bonner Wirtschaftsministerium, aus Rom und Den Haag. Die dortigen Reaktionen werden als "positiv" bezeichnet.

Unsere Botschaft in Paris hat anfänglich nur spärliche Reaktionen registrieren können und hat sich zunächst gefragt, ob dies wirklich nur auf den Tod De Gaulles zurückzuführen sei. Nachträgliche Meldungen stellten dann aber ebenfalls fest, dass "unsere Erklärung in Paris gut aufgenommen worden sei".

Ein Gewährsmann aus dem Elysée unterstreicht allerdings - drei Wochen nach der Erklärung - "que jusqu'à présent, le dossier suisse n'a pas été examiné très en détail à Paris, pas plus qu'il n'a fait l'objet d'échanges de vues au sein du comité interministeriel. Il relève par ailleurs le travail considérable auquel sont appelées à faire face les organisa-

./.



- 2 -

tions de Bruxelles, mais admet l'importance d'un certain parallelisme dans l'examen des cas des pays candidats et non-candidats".

Beeindruckt hat an der schweizerischen Erklärung die "umfassende Sachkenntnis". Ein besonderes Kompliment verdiene sie wegen "ihrer Ausführlichkeit und Präzision. Sie habe in Bonn ein Gefühl der Erleichterung deswegen ausgelöst, weil sie nicht vage geblieben sei und aufgezeigt habe, wo konkrete Ansätze zu einer im gegenseitigen Interesse liegenden künftigen Zusammenarbeit bestehen ... Sie habe gezeigt, dass die Materie in Bern in hohem Masse durchdacht und verstanden worden ist und dass die Wirkungsweise der Gemeinschaft voll erkannt ist".

Beinahe mit denselben Worten würdigte ein hoher Beamter des Quai d'Orsay unsere Erklärung: "Elle fait apparaître que la Suisse a beaucoup réfléchi au problème et qu'elle paraît bien préparée pour ses contacts futurs avec la Communauté". Im übrigen habe man "nichts Neues", das nicht schon durch die Kontakte in Bern und Paris bekannt gewesen sei, festgestellt und habe eine Erklärung der Art, wie sie abgegeben worden sei, erwartet.

Dieser Kommentar fand sich später bestätigt durch Bemerkungen des Wirtschaftsberaters des Staatspräsidenten: "Il trouve que notre texte offre une très bonne base de discussion et qu'il est très complet. Il ajoute que la position suisse est bien connue à Paris et bien comprise, grâce aux nombreux contacts qui se sont établis tant à Berne qu'à Paris."

In Den Haag anerkennt man den "gesamthft guten Text", bedauert jedoch, dass "gewisse Abschnitte ziemlich vage" seien. "Cela est vrai notamment en ce qui concerne l'agriculture, mais on comprend qu'il nous est plus facile d'apporter des précisions à ce sujet au cours des converstions exploratoires".

./.

"Un certain intérêt pour l'aspect agricole" konnte auch bei einem französischen Gesprächspartner festgestellt werden.

- 2) Bedenken wurden bisher nur von dritter Seite - aus England in Form vorläufiger und persönlicher Aeusserungen eines Mitgliedes der britischen Verhandlungsdelegation - laut. Befürchtet wird anscheinend eine Verzögerung der Erweiterungsverhandlungen, insbesondere im Sinne eines zeitlichen Auseinanderklaffens zwischen den Verhandlungen mit den beitrtrittswilligen Staaten und den - "wahrscheinlich schwerfälligeren und langwierigeren" - Gesprächen mit den Neutralen, "mit denen die Gemeinschaft bei der Suche nach 'besonderen Beziehungen' Neuland betritt". Bei zu grossem zeitlichem Abstand "könnten die ersteren (England!) eines Tages vor schwerwiegende Alternativen gestellt werden, die sie lieber vermeiden möchten".

Diese "Gefahr" treffe v.a. zu für den - in unserer Erklärung nicht explizit genannten - "Fall, dass wir eine Freihandelszonenähnliche Regelung anstreben". Der Gewährsmann glaube nämlich, "dass die EG mit uns kaum auf die Erkundung einer FHZ-Lösung eintreten dürfte, solange ihre Verhandlungen über einen Vollbeitritt anderer EFTA-Staaten nicht abgeschlossen und die 'Ansteckungsgefahren mit dem Freihandelsbazillus' somit nicht gebannt sein werden". Daher gewissermassen als Ratschlag eines Verhandlungserfahrenen der Wink an uns, dass es "an den Gesuchstellern liege, ihrerseits Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Je rascher dies durch die Neutralen geschehe, desto besser lasse sich die von allen Beteiligten gewünschte Weiterführung in einem grossen Rahmen der in der EFTA erzielten Zollfreiheit verwirklichen!".

Ein "grosses Fragezeichen" wird von einem norwegischen Gewährsmann (Stellvertretender Direktor der Abteilung für Wirtschaftsangelegenheiten und Mitglied der Verhandlungsde-

legation) zur Frage gesetzt, wie die "besonderen Beziehungen" oder "die möglichst umfassende Regelung" zwischen der Schweiz und der EWG aussehen soll: "Er kann sich vorläufig nicht vorstellen, wie sich die Erhaltung der in der EFTA erreichten Zollfreiheit, der Warenfreiverkehr zwischen der Schweiz und der Gemeinschaft und der schweizerische Anspruch, 'gegenüber Drittstaaten Zoll- und Handelsabkommen weiterhin selbst auszuhandeln und abzuschliessen' werden vereinbaren lassen".

- 3) Als "gewissermassen inexistent" wird die Reaktion der USA bezeichnet. Die "nichtssagenden Kommentare" der amerikanischen Verwaltung lassen darauf schliessen, dass die Erklärungen der Neutralen "lediglich als ein erster Schritt" betrachtet werden, den es "verfrüht sei, zu kommentieren", und den man sich "vorläufig darauf beschränke, zu registrieren", wenn auch nicht ohne die Absicht, die weitere Entwicklung aufmerksam zu verfolgen. Dabei ist immerhin interessant festzustellen, dass von den hohen Beamten, mit denen die Botschaft Kontakte pflegt, bisher weder Kommentare abgegeben, noch Fragen vorgebracht wurden. Die einzige Besorgnis der USA scheint sich auf eine "allfällige Ausdehnung der dem GATT widersprechenden Präferenzabkommen auf die Neutralen" zu beziehen. Unser Streben nach einer mit Art. XXIV des GATT vereinbaren Lösung wird daher mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.
- 4) Eine Randbemerkung - nicht zur Erklärung selbst - jedoch allgemein zur "Bedeutung, die der schweizerischen Neutralität, der Rolle der neutralen Staaten im Rahmen der Entspannungspolitik in Europa und dem Beitrag dieser Länder zur politischen Zusammenarbeit" beigemessen werde, stammt von Seiten des 1. Sekretärs der sowjetischen Botschaft in Brüssel, der nach Ansicht unserer Mission unter Instruktion Moskaus gehandelt haben dürfte. Weitere Aeusserungen dieser Art, insbesondere aus Moskau selbst, sind uns jedoch nicht bekannt. (vgl. jedoch den weiter unten zitierten NZZ-Artikel über eine Reaktion der "Iswestija").

B. Die schwedische und die österreichische Erklärung

Hervorgehoben wird - in Bonn - der Gegensatz zwischen der schweizerischen und der schwedischen Erklärung, die "die Problematik intellektuell weniger verarbeitet habe ... und die gedanklich und in der Formulierung unausgewogen sei und innere Widersprüche enthalte".

In Den Haag fällt die schwedische Erklärung gegenüber der schweizerischen ebenfalls wegen ihrer "Zweideutigkeit" ab. Dies liege daran, dass die "Schweden, ohne es zu sagen, versuchten, Mitglied der EG unter Vorbehalt der Neutralität zu werden." Schwedens Taktik, "beweisen zu wollen, dass nichts Grundlegendes in der EG unvereinbar sei mit der Neutralität, laufe - für die Holländer - auf eine Substanzverminderung der EG hinaus".

Während ein norwegischer Gewährsmann davon überzeugt ist, dass die neutralitätspolitisch "glaubwürdige und überzeugende" Haltung der Schweiz "auf Seite der EWG Verständnis finden" und die "Neutralität Oesterreichs als unausweichliches Faktum hingenommen und sachlich positiv beurteilt werde", bedauert und befürchtet er, dass es für Schwedens Neutralitätspolitik in Brüssel an "Verständnis und Vertrauen in die Glaubwürdigkeit" mangle. "Das sei eine wiederholt gemachte norwegische Erfahrung. Selbstinsistente Bemühungen der Norweger, sich als Fürsprecher für Schwedens Neutralität einzusetzen, hätten kein positives Echo gefunden. Er befürchtet deshalb, dass die Schweden mit neutralitätspolitischen Argumenten bei ihren Verhandlungen grosse Schwierigkeiten haben werden".

Ueber die österreichische Erklärung scheint man sich bisher wenig Gedanken zu machen, ausser dass sie, nach den Kommentaren aus Bonn zu schliessen, "nicht das hohe Niveau der schweizerischen erreicht" habe.

Erwähnt zu werden verdient an dieser Stelle immerhin ein anfangs Dezember im sowjetischen Regierungsorgan 'Iswestija'

erschienenener Kommentar zu den EG-Erweiterungsbestrebungen und speziell zum Antrag Oesterreichs, der - mit dreiwöchiger Verspätung auf die in Brüssel abgegebenen Erklärungen - als erste Verlautbarung offizieller Art zu betrachten ist. Die NZZ vom 2. Dezember berichtet über deren Inhalt wie folgt:

"Das Blatt wiederholt die bekannte These Moskaus, dass die Zukunft Europas nicht in geschlossenen handelswirtschaftlichen Blöcken liege, sondern in einer, wie es wörtlich heisst, 'gesamteuropäischen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung'. Die Sowjetunion und die andern sozialistischen Staaten setzten sich deshalb für eine von allen Diskreditierungen freie Erweiterung der wirtschaftlichen und der Handelsbeziehungen zwischen den europäischen Staaten ein.

Zum Antrag Oesterreichs schreibt die 'Iswestija', man müsse bei der Beurteilung dieses Vorstosses davon ausgehen, dass die EWG nicht nur eine wirtschaftliche, sondern ebenso sehr eine politische Gemeinschaft sei, welche die Unterstellung ihrer Mitglieder unter eine supranationale Behörde anstrebe. In Oesterreich sei nun versucht worden, die Oeffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Handels- und Zollvereinbarungen mit dem Gemeinsamen Markt nicht im Widerspruch zum Staatsvertrag und zur Neutralität Oesterreichs stünden. 'In Wirklichkeit', erklärt die 'Iswestija', 'würde ein Aufgehen der österreichischen Wirtschaft in der EWG jedoch einen Schlag gegen die traditionelle Politik bedeuten. Ein solcher Schritt würde dem Land vor allem politischen Schaden bringen, weil Oesterreich in die Abhängigkeit einer geschlossenen Gruppe von sechs Ländern geriete, die gleichzeitig Mitglieder des aggressiven NATO-Blockes sind'. Damit würde nicht nur die Neutralität, sondern auch die Souveranität Oesterreichs tangiert. (...)

Die 'Iswestija' geht mit keinem Wort darauf ein, dass 'Oesterreich die vertragliche Fixierung 'besonderer Beziehungen' mit der EWG anstrebt, die mit seiner neutralen Stellung vereinbar sind. Auch der Schritt der Schweiz und Schwedens wird nicht speziell erwähnt: es wird im 'Iswestija'-Kommentar nur generell davon gesprochen, dass die Delegation einer Reihe neutraler Staaten in Brüssel vorstellig geworden seien".

Die NZZ schliesst ihren Bericht mit der Feststellung:

"Im ganzen läuft die Stellungnahme des sowjetischen Regierungsorgans darauf hinaus, den Eindruck zu erwecken, dass die Beteiligung eines neutralen Landes an der EWG, gleichgültig in welcher Form, mit dessen Neutralität unvereinbar sei.